

Falsche Manöver

Neuer Streit um den Religionsunterricht

1990 war der Karfreitag, auch noch Freitag, der 13., wahrlich ein Bußtag für die CSV. Auf gleich zwei Seiten veröffentlichte das "Luxemburger Wort" an jenem Tag in Großaufmachung Beiträge des Generalvikars (in zwei Sprachen), der Religionslehrerkonferenz und des erzbisümlichen Fachreferenten Emil Seiler, deren einziger Inhalt sich in zwei Sätzen zusammenfassen läßt: Der Religionsunterricht (RU) muß im neuen Bewertungssystem der klassischen Lyzeen, das derzeit vom Erziehungsministerium ausgearbeitet wird, als vollwertiges Promotionsfach anerkannt werden. Dies habe der CSV-Erziehungsminister den Religionslehrern seit 1985 versprochen als Entgelt für den Verzicht auf eine Wochenstunde RU in den oberen Klassen.

Verkehrte Fronten

Der Streit schwelt, seit die Bewertungskriterien zuerst gerüchteweise, dann offiziell publik geworden waren. Diesen zufolge soll der RU nur für die Berechnung der Kompensationsmöglichkeiten bei mehr als zwei ungenügenden Noten für die Versetzung berücksichtigt werden. Am 4. April hatte eine außergewöhnliche Generalversammlung der Reli-

gionslehrer in Anwesenheit des Erzbischofs zum Angriff geblasen, weil das Projekt des Erziehungsministers dem Ministerrat spruchreif übermittelt worden war. Am Dienstag, dem 10. April 1990 war es darobhin zu einer Unterredung von hohen Bistumsverantwortlichen mit dem CSV-Präsidenten und dem Premierminister gekommen. Eine Einigung konnte aber offensichtlich nicht erzielt werden, und am 13. April wurde der Streit zwischen Kirche und CSV auf Geheiß des erzbischoflichen Ordinariats vom LW in die Öffentlichkeit getragen.

Das Entsetzen ergriff aber nicht nur die CSV, sondern auch deren Koalitionspartner LSAP. Der fiel aus den Wolken. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfuhren, hatte die CSV bei den Koalitionsverhandlungen den genannten Kuhhandel mit den Religionslehrern nie erwähnt. Schon während der Parlamentsdebatten über die Neuregelung des Ethik- und Religionsunterrichts im Juli und Oktober 1988 war dem damaligen Erziehungsminister Fernand Boden von DP- und GAP-Seite die Frage gestellt worden, ob er beabsichtige, beide Fächer zu Promotionsfächern zu machen; sie erhielten wohlweislich keine Antwort. Wenn man sich nun erinnert, wie schwer die LSAP sich damit tat, 1988 das Gesetz zur Abschaffung der

Ein neuer Kulturkampf um den Religionsunterricht?



Karikatur:
Carlo Schmitz



**Erstmals in
der jüngeren
Geschichte ist
die kirchliche
Hierarchie
öffentlich auf
Distanz zur
CSV
gegangen.**

sog. dritten Möglichkeit, d.h. der Freistellung von Religionsunterricht und Laienmoralkurs, mitzutragen bzw. ihrer Basis als Koalitionsoffer schmackhaft zu machen, versteht man, daß die sozialistischen Politiker, derart öffentlich überrumpelt, nicht bereit sind, dem ideologischen Gegner eine weitere Konzession zu machen. Parteipräsident Ben Fayot hat das in einer am 24.4.1990 im "tageblatt" veröffentlichten Stellungnahme unmißverständlich klargestellt, auch wenn die parteiinterne Lösung zur Zeit auf Schonung des Regierungspartners lautet. Daß es in der Tat nämlich um eine Machtfrage geht - wenn auch um eine logische Folge des 1988er Gesetzes, wie Iz zu recht, aber mit falschen Argumenten schreibt (24.4.1990) -, wird noch weiter unten zu zeigen sein. Die DP-Presse freut sich natürlich angesichts des ins Haus stehenden Koalitionskrachs (vgl. "Journal", 25.4.1990), hütet sich aber inhaltlich Stellung zu beziehen; vielleicht wäre ein entsprechendes DP-Angebot die Gelegenheit, um die LSAP in der Koalition mit der CSV abzulösen, auch wenn man in der DP ganz bestimmt nicht mehr vom RU hält als in der LSAP.

Diese unvermeidlich abweisende Reaktion auf seiten der LSAP erlaubte nun allerdings dem LW-Chefredakteur den Streit zwischen Kirche und CSV zu einem Streit zwischen "einem relativ kleinen Kreis von Linksideologen", denen "es hier vor allem und einmal mehr um die alte, viszerale Kirchen- und Glaubensfeindlichkeit geht" und die "jeder Logik und Vernunft entbehren" und der CSV bzw. der Kirche umzufunktionieren (24.4.1990). Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß auch im "t" Romain Meyer am selben Tag dasselbe Interpretationsschema anlegte, CSV und Amtskirche wieder in einen Topf warf und den "Angriff am Karfreitag" als "Angriff auf die gottlosen Kreise" verstand. Damit wurde der CSV die Gelegenheit geboten, den Streit mit der Kirche zu vertuschen, und das alte Blockdenken durfte zehn Tage nach Ostern Wiederauferstehung feiern. Eine Lösung ist ohne Gesichtverlust einer der beiden Regierungsparteien nicht abzusehen. War das die Absicht des Ordinariats und der Religionslehrer?

Festzuhalten bleibt, daß erstmals in der jüngeren Geschichte die kirchliche Hierarchie öffentlich auf Distanz zur CSV gegangen ist, und daß dies auch innerhalb der CSV zu sehr scharfen Auseinandersetzungen geführt hat, da auch hier einflußreiche Politiker sich nicht mehr bevormunden lassen wollen. Es muß allerdings die Frage gestellt werden, ob die Distanzierung der Kirche beim richtigen Thema geschehen ist, ob nicht viele soziale Themen an Stelle dieser ideologiebefrachteten Frage einen im Sinne des christlichen Auftrags in der Gesellschaft wesentlicheren Konfliktstoff abgegeben hätten. Warum hat die kirchliche Hierarchie z.B. die immer akuter werdende Wohnungsnot noch nicht zum Thema erhoben? Warum überläßt sie es der Caritas, sich in dieser Frage die Finger schmutzig zu machen und ruft nicht zumindest die Stellungnahme des Pastoralrats vom 31.3.1989 (vgl. LW, 26.4.1989 und "forum" Nr. 113/1989, S. 45) in Erinnerung?

Der alte Schlachtruf

Um die ideologische Frontenbildung im Schulkampf zu verstehen, muß man den wahren Gründen der Forderung nach Aufwertung des RU zum Promotionsfach nachspüren. Der Streit war nämlich vorauszusehen seit jenem 26.10.1988, als eine CSV-LSAP-Mehrheit das Gesetzesprojekt Nr. 3163 annahm und RU bzw. Laienmoral zum Pflichtfach für alle Schüler machte, die Entbindung von beiden Fächern also abschaffte.

Es war schon damals kein Geheimnis, daß dieses Gesetz auf den Druck von seiten der Amtskirche zurückging, weil immer mehr Schüler vor allem der oberen Klassen von der Dispensmöglichkeit Gebrauch machten und sich zwei freie Wochenstunden verschafften (vgl. "forum", Nr. 84/1985, S. 42f.). Seitdem das neue Gesetz angewendet wird, d.h. seit dem laufenden Schuljahr, ist das nicht mehr möglich. Die Folge ist, daß in den RU-Kursen wieder mehr Schüler sitzen, die eigentlich gar nicht am RU teilnehmen wollen, denen der Laienmoralkurs genauso wenig sagt, die nicht religionsfeindlich sondern indifferent eingestellt sind, die sich halt lieber im RU eingeschrieben haben, weil dessen Lehrer als tolerant gelten, gute Noten auch ohne Anstrengung verteilen und die Schüler in Ruhe lassen. (Einen ähnlichen Ruf genießen die Laienmorallehrer nicht, weil sie bisher zu selten waren, als daß sich ein Meinungstrend unter den Schülern herausgebildet hätte.)

Unter diesen neuen Bedingungen sind aber die pädagogischen Voraussetzungen des RU völlig andere geworden. Größere Klassen sind an sich schon schwieriger zu handhaben; eine größere Anzahl unfreiwilliger Schüler, denen der Präsenzzwang gar nicht einleuchtet, muß unweigerlich zu disziplinarischen Schwierigkeiten führen. Reaktion bei den Religionslehrern: sie rufen nach Sanktionsmöglichkeiten, d.h. der RU soll Promotionsfach werden, um mittels Notengebung eine disziplinarische Handhabe zu erreichen. Emile Seiler schreibt es ganz offen: "Nach der Abschaffung der Null-Lösung (...) steigt die Schülerzahl pro Klasse, aber auch die Zahl der Schüler, die für regelrechte Schularbeit weniger motiviert sind. Mit andern Worten der Lehrer wird es noch schwieriger haben als bisher, nicht nur die erforderliche Disziplin aufrechtzuerhalten, sondern auch das vorgeschriebene Programm durchzuziehen. Will er ein Minimum an Aufmerksamkeit beim Schüler wecken, sieht er sich genötigt, Themen zu behandeln, die von den Schülern gewünscht werden, und das ist meistens nicht das, was von der Sache her am notwendigsten wäre. Eine systematische Behandlung wichtiger Materien wäre nicht mehr möglich" (LW, 13.4.1990). Was der Autor mit den zwei letzten Sätzen sagen will, kann mir nicht einleuchten: Soll der RU tatsächlich nur aus pädagogischen Motivationsgründen auf die Bedürfnisse der Schüler eingehen? Ist das denn nicht von der Sache her gefordert? Wie kann man einem Menschen denn die Hoffnung Jesu nahebringen, wenn man die Verbindung zu seinem Leben nicht herstellt?

E. Seiler gesteht in der Folge noch einen Fehler des

Ordinariats in bezug auf die Personalpolitik bei den Religionslehrern: Das Problem wird seines Erachtens dadurch verschärft, daß viele Religionslehrer nur dieses Fach unterrichten, die Schüler sie also nur von dieser Seite kennenlernen und somit schon als Person weniger ernst nehmen als Lehrer, mit denen sie auch in einem benoteten Fach zu tun haben (wie das z.B. bei den Laienmorallehrern der Fall sei). Hinzufügen muß man auch, daß bis 1989 die Religionslehrer in der Regel keine ernsthafte pädagogische Ausbildung erhielten, kein "stage" zu absolvieren hatten und gar manche tatsächlich pädagogische Schwierigkeiten hatten; dieses menschliche Problem ist allerdings auch in anderen Fächern anzutreffen.

Mit andern Worten: erst dadurch, daß der RU zum Pflichtfach wurde, wurde die Notwendigkeit seiner Aufwertung als Promotionsfach akut. Damals ist also der entscheidende Fehler geschehen, obschon kompetente Stimmen immer wieder davor gewarnt hatten (vgl. u.a. die "Taktlosen Fragen eines Religionslehrers" in: "forum" Nr. 40/1980). Nun heißt es zur Rechtfertigung, der RU vermittele ja ein Wissen wie jedes andere Fach auch (vgl. den Beitrag von G. Hellinghausen in: LW, 26.4.1990). Diese Behauptung ist zuerst mal ein gewaltiges Eingeständnis: Es bedeutet, daß kirchlicherseits das Unvermögen erkannt wurde, unter schulischen Bedingungen den Glauben zu vermitteln!! Allerdings wurde daraus 1988 die falsche Schlußfolgerung gezogen: Auftrag der Kirche ist es nicht, Wissen über Ethik zu vermitteln, dazu ist die Schule da. Aufgabe der Kirche ist es, die Botschaft Jesu zu verkünden. Da dies in der Zwangsanstalt Schule - auch in einer potentiell "angstfreien Schule", von der alle aufgeschlossenen Lehrer träumen - in der Tat nicht möglich ist, müßte die Kirche sich nach anderen Verkündigungsmöglichkeiten umsehen. Damit müßte sie aber auf das Machtorgan Schule, wo sie eben auch kirchenferne Jugendliche - d.h. die große Mehrheit der Luxemburger Jugend (vgl. pastoralsoziologische Enquête von Jupp Wagner in "forum" Nr. 119/1990) - erreichen kann, verzichten. Da die Amtskirche zu diesem Verzicht aber nicht bereit ist, müssen die Religionslehrer nun die Suppe auslöffeln. Da sie dabei logischerweise auf Schwierigkeiten stoßen, rufen sie den Staatsapparat um Hilfe, um die disziplinarischen Probleme über den Weg der Notengebung in den Griff zu bekommen, obschon es in einer "instruction ministérielle" vom 12.1.1977, die noch nicht außer Kraft gesetzt wurde, ausdrücklich heißt: "... les notes servent à évaluer les performances scolaires, tandis que les sanctions disciplinaires servent à sanctionner des fautes de discipline. Il ne peut pas être question de mêler les deux et d'utiliser les devoirs et les notes comme moyens de préservation de l'ordre et de la discipline."

Die schier ausweglose Diskussion zeigt, wie gut die Kirche daran getan hätte, 1988 den Vorschlag verschiedener Oppositionspolitiker (u. a. des GAP-Abgeordneten Guy Bock, des DP-Abgeordneten René Hübsch, der diese Lösung allerdings nur für den oberen Zyklus vorgesehen hatte, sowie zumindest einer Minderheit des Staatsrats) aufzugreifen, nämlich ein einziges religionswissenschaftliches Fach vorzusehen, in dem alle Schüler gleich welcher

Weltanschauung über Religionen, Wertesysteme, Weltanschauungen, Menschenrechte usw. informiert worden wären. Ein solches Fach hätte rein kognitive Lernziele vermittelt und hätte dann auch jedem Schüler zugemutet werden können, wie Geschichte oder Geographie, da Religion und Ethik in der Tat Dimensionen des menschlichen Lebens sind wie die Zeit oder der Raum. Dann wäre auch eine objektive Notengebung möglich, wie die öffentliche Schule auch in den andern Fächern nur die Aneignung von kognitiven Lernzielen mit Noten bewertet. Vielleicht könnte man sich dieses Fach auch in der Art der an deutschen Schulen unterrichteten Sozialkunde oder des im Luxemburger technischen Sekundarunterricht auf dem Lehrplan stehenden "Connaissance du monde contemporain" vorstellen: eine Einführung in die großen gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit und eine Reflexion über die Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten des Bürgers in diesem sozialen Kontext. Auch ein solcher Unterricht kann, wie es E. Seiler in seinem schon zitierten LW-Beitrag dem Ethik- und Religionsunterricht zuschreibt, "zu verantwortlichem Handeln anleiten". Doch dabei ist eine konfessionelle Bindung sicher nicht notwendig, und die entsprechenden Lernziele im Bereich des Sozialverhaltens sind nicht mittels Noten bewertbar.

Neue Töne

Die Kirche müßte allerdings unter diesen Umständen endlich damit beginnen, die Herausforderungen einer profanen, religiös indifferenten Gesellschaft ernstzunehmen. Es genügt nicht, im Rahmen der diözesanen Erwachsenenbildung Arbeits- und Studiengruppen einzusetzen, die sich mit diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkündigung auseinandersetzen, ohne daraus pastorale Konsequenzen zu ziehen. Schon 1981 schrieb Fränz Koedinger in "forum" (Nr. 46, S. 22ff.), Jesus habe Bekehrung gefordert, die Sozialisation funktioniere ohnedies nicht mehr. Schon damals stellte er resümiert fest: "Man hat nicht den Eindruck, daß die Kirche dabei ist, von einer vorherrschenden Sozialisationspastoral zu einer vorherrschenden Bekehrungspastoral überzugehen. Im Gegenteil! Wo man nur hinsieht: Verhärtung, Rückzug auf bestehende Positionen." Und warnend fügte er hinzu: "Sozialisation kann Bekehrung auch hemmen oder verhindern". Derselbe F. Koedinger wiederholte 1988 in der "Wissbei" (Nr. 4; wiederabgedruckt in: "Erwuessebildung" 2/90), wenn die Kirche in einer Welt religiöser Indifferenz pastoral wirksam bleiben wolle, dränge sich auf, daß sie "von einer gesellschaftlich vermittelten religiösen Einstellung und Praxis zu einer auf persönlicher Entscheidung beruhenden Glaubenshaltung, (...) von einer Pastoral des sozialen Drucks und der Obligation zu einer Pastoral der Einladung (Motivation) und der freien Teilnahme" übergehe. Wie aber will sie das mit obligatorischem RU und Notengebung bewerkstelligen?

Nun argumentiert die kirchliche Hierarchie, die Gesellschaft habe ein Recht darauf, daß die Schule den Jugendlichen auch eine ethische Erziehung vermittele, und sie, die Kirche, sei dazu berufen, für alle, die

Die Kirche müßte endlich damit beginnen, die Herausforderungen einer profanen, religiös indifferenten Gesellschaft ernstzunehmen.

"Dritte Möglichkeit" durch die Hintertür

Während über die Benotung im Religionsunterricht diskutiert und über die Abschaffung der sog. "dritten Möglichkeit" lamentiert wird, haben einige Eltern eine pragmatische Selbsthilfemaßnahme zur Umgehung des Gesetzes entdeckt. Im *tageblatt* und in der *KP-Zeitung* waren Aufrufe zu einer "Sinnentlehrung" des Gesetzes zu lesen:

"Um seinem Kind den Gesinnungsterror zu ersparen, hieß es, gibt es einen einfachen Trick. Es genügt einen Antrag zu seiner Freistellung mit dem Hinweis zu begründen, daß man an eine andere Religion glaube. Die staatliche Inquisitionskommission, die diese Anträge begutachten soll, gibt dann dem Gesuch automatisch statt. Denn sie hat sich für unbefugt erklärt, den religiösen Glauben der Antragsteller zu überprüfen." (Zeitung 17.5.1990)

Daß es sich bei der "staatlichen Inquisitionskommission" um eine besonders sanfte Form der "Inquisition" handelt, übersieht der Schreiber dieser Zeilen in seinem kulturkämpferischen Elan. Stellt sich bloß die Frage, ob die Kommission ihr Amt weiterhin so liberal ausüben wird, wenn dieser Aufruf massiv befolgt wird?

ff

das wünschen, diese Moralerziehung in der Schule zu gestalten. Dem sei zuerst die Frage entgegengehalten, wieso diese Erziehung nur für die Minderheit von Jugendlichen organisiert wird, die überhaupt bis zum Alter von 18 Jahren die Schule besuchen. Weiter wird man als Christ fragen, ob die Gleichsetzung von Glaube und Moral nicht eine unzulässige Verengung der Nachfolge Christi darstellt. Und schließlich ist zu fragen, wie die Vermittlung herrschender Moralvorstellungen mit dem Ruf Jesu zur Umkehr zu vereinen ist. Meines Erachtens ist es nicht Aufgabe der Kirche, die herrschende (Un-)Moral aufrechtzuerhalten, sondern, ob gelegen oder ungelegen, die befreiende Botschaft Jesu zu verkünden, was in unserer Gesellschaft wohl nur subversive Folgen haben kann. Wenn die Kirche trotzdem am RU in der öffentlichen Schule festhält, muß sie sich den Vorwand gefallen lassen, die Vernunft durch Ideologie zu ersetzen, wie lz es den Gegnern der CSV vorwirft, oder auf Machtpositionen zu beharren, die ihrem biblischen Auftrag entgegenstehen, und den Rest an Glaubwürdigkeit, den sie noch gewahrt haben mag, aufs Spiel zu setzen.

Die Frage der in der Schule vermittelten moralischen Einstellungen wird so oder so kein RU beantworten. Wie sollen Schüler solidarisches Handeln einüben, solange bei Prüfungen die rein individuelle Leistung bewertet, Kooperation aber bestraft wird? Wie sollen Schüler die Rechte von Minderheiten achten lernen, solange ihre ausländischen Mitschüler von der Schule institutionell benachteiligt werden? Wie sollen Schüler "Respekt vor der Schöpfung" bzw. Umweltbewußtsein lernen, solange Pförtner oder Schuldirektion den Verkauf von Coca-Cola und anderen Plastikbüchsen fördern statt zu verbieten? Wie sollen Schüler das Menschenrecht auf Gleichheit verstehen, solange Kinder aus reichem Haus mittels Nachhilfestunden doch noch den Aufstieg schaffen, wo andere hoffnungslos hängenbleiben? Wie sollen Schüler gewaltlose Konfliktregelungen bevorzugen lernen, solange Erzieher ihnen tagtäglich zu spüren geben, daß Autorität auch durchgesetzt werden kann, wenn sie sachlich nicht begründet ist? Solange Schüler in der öffentlichen Schule zu einer

Sozialmoral der Ellenbogenfreiheit erzogen werden, solange die Schule nur theoretisches Wissen als Bildungsideal propagiert und schulischen Mißerfolg nicht gesellschaftskritisch hinterfragt sondern durch moralische Schuldzuweisung dem Einzelschüler in die Schuhe schiebt, bleibt jeder Ethikunterricht, der sich derselben schulischen Mittel bedienen will, eine Stütze der herrschenden Moral oder Ausdruck institutioneller Schizophrenie. Darauf hat Fernand Fehlen schon 1985 in dieser Zeitschrift hingewiesen (Nr. 84/1985, S. 42ff.: "Der heimliche Moralunterricht"). Moralerziehung geschieht nicht im Moralunterricht, weder im konfessionellen noch im laizistischen, sondern im schulischen Alltag, in jedem Fach. Jeder Erzieher ist ipso facto durch seine Funktion und seinen Umgang mit jüngeren Mitmenschen Moralerzieher.

Natürlich könnte man sich auch einen RU vorstellen, der als gesellschaftskritischer Freiraum in der Schule konzipiert wäre, der Kirche als Kontrastgesellschaft erfahrbar machen würde. Einzelne Religionslehrer berichten auch von derartigen Erfahrungen; sie gelangen aber in der Regel nur, wenn der Lehrer bereit ist, die klassischen schulischen Zwänge, inklusive den Klassenraum, zu verlassen, z. B. durch Wochenfahrten oder Unterricht beim Glas Bier. Ein solcher RU hätte als Aufgabe, z.B. mit den Schülern über die oben beschriebene heimliche Moralerziehung nachzudenken, ihnen die Entfremdungsstrukturen in unserer Gesellschaft bewußt zu machen, mit ihnen zu erforschen, wie die Schule gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduziert, wie eine befreiende Praxis der Nachfolge Christi auszusehen hätte. Unter diesen Umständen darf man allerdings Zweifel haben, ob ein solcher RU, wenn er nicht nur von einzelnen Lehrern so verstanden wird, sondern prinzipiell von allen so unterrichtet wird, längere Zeit für das System tragbar bleibt, d. h. ob der Staat nicht sehr bald das Interesse an diesem RU verliert. Mit Leistungszwang und Notengebung ist ein so verstandener RU natürlich unvereinbar. In diesem Sinne wäre allerdings eher noch an das französische Modell der "Aumôneries" zu denken. RU als gesellschaftskritischer Widerspruch in der Schule will man von der Amtskirche aber offensichtlich nicht: Nach E. Seiler soll der RU selbst die Leistungsanforderungen der Gesellschaft, zu denen die Schule notgedrungen erzieht, ausdrücklich übernehmen: "(Im RU) soll der Schüler gerade fürs Leben lernen und nicht für die Schule, und das tut er erfahrungsgemäß nur, wenn seine Arbeitsleistung anerkannt wird." Von der Praxis Jesu rückt die Kirche immer weiter weg.

Es wäre auch zu fragen, ob die Kirche sich nicht schon der diskriminierenden Moral unseres Schulsystems angeschlossen hat, als sie lautlos ganz auf den RU in den oberen Klassen des technischen Sekundarunterrichts verzichtete, nun aber in bezug auf die Minderheit der Eliteschüler des klassischen Sekundarunterrichts zum Protest aufruft? Waren ihr die zahlreicheren Schüler des EST weniger wichtig? Oder waren ihr die dort auf sie wartenden Herausforderungen sozialer Natur zu hoch?

Wenn die Kirche über den RU ihre Präsenz in der

öffentlichen Schule aufrechterhält, macht sie sich weiterhin zum Komplizen in dieser die herrschende Gewaltmoral tradierenden Schule. Jesus hat aber Umkehr gefordert. "Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen." Das Schwert ist nicht nur das über den Köpfen der Schüler schwebende Damoklesschwert der Notengebung; das Schwert ist auch die Machtposition der Kirche im Staat.

Postscriptum:

Nach Redaktionsschluß war zu erfahren, daß das Projekt, den Moralunterricht zum Promotionsfach zu erheben, gestorben sei. In kirchlichen Kreisen hieß es, der Beitrag von Jupp Wagner in "forum" habe dank seiner Wirkung bei "tageblatt" und "Journal" dem Vorhaben den Dolchstoß versetzt. "forum" wehrt sich nicht gegen eine solche Ehre - die allerdings völlig unbeabsichtigt war, da der Artikel über den Sonntagsmeßbesuch in Nr. 119 längst geplant und schon im Satz war, als das Karfreitagsgewitter losbrach -, eine nüchterne Analyse wird die Verantwortung aber eher bei der CSV suchen: Aus Koali-

tionsgründen wollte oder konnte sie nicht auf die überzogenen Forderungen der Amtskirche eingehen, wie ihr Fraktionspräsident F. Colling unmißverständlich bei den Debatten zur Lage der Nation darlegte. (Seine diesbezügliche Rede wurde bemerkenswerterweise vom LW unterschlagen!) Im erzbischöflichen Ordinariat dürfte man über die Hinhaltetaktik der beiden sich folgenden CSV-Erziehungsminister verärgert sein, doch sollte nunmehr das Nachdenken über die entscheidende Frage einsetzen: Wie will die Kirche glaubwürdig, d.h. ohne sich auf staatliche Machtmittel zu stützen, einer säkularen Gesellschaft ihre Botschaft nahebringen? Bei den anstehenden, diesmal im Koalitionsabkommen vorgesehenen Verhandlungen über die Reform der territorialen Pfarrstruktur und des staatlichen Finanzierungsmodus der Kirche muß die Kirche alles dransetzen, um sich aus ihrer selbst verschuldeten Abhängigkeit vom Staat (und der CSV) zu befreien!

michel pauly